

DIE LINKE in den Landtag – Zeit für einen Politikwechsel

Noch nie waren so viele Menschen mit den herrschenden Politikern so unzufrieden wie heute. Noch nie haben so viele Bürgerinnen und Bürger aller Schichten und aller Altersgruppen gegen die »Maultaschen-Connection« im Land demonstriert. Und noch nie waren die Chancen für einen Politikwechsel in Baden-Württemberg größer als mit der Wahl am 27. März 2011. Dies würde ein Beben auslösen, das bis nach Berlin und Brüssel zu spüren sein wird. Die Landtagswahl könnte damit eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte werden.

DIE LINKE in Baden-Württemberg will sich daran mit aller Kraft beteiligen. Unser Vorteil: Wir sind eine junge, unverbrauchte Partei und treten hier erstmals bei einer Landtagswahl an. Wir können frischen Wind in die verkrusteten Strukturen des Landes bringen. Wir sind allerdings auch noch unerfahren. Doch das kann ein Vorteil sein, wenn es uns gelingt, den großen Sachverstand der Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes aufzugreifen und in den Landtag zu bringen.

57 Jahre CDU-Herrschaft haben die Städte und Gemeinden heruntergewirtschaftet, die Daseinsvorsorge für Bürgerinnen und Bürger aus dem Blick



Unsere beiden Spitzenkandidaten Marta Aparicio und Roland Hamm stehen für den sozialen Politikwechsel im Land.

verloren und das Bildungssystem sträflich vernachlässigt. Schwarz-Gelb ist außerdem mit dafür verantwortlich, dass sich die Spaltung zwischen Arm und Reich weiter vertieft hat, auch im Südwesten.

Andererseits wollen CDU, FDP und SPD mit dem Immobilien- und Bahnprojekt Stuttgart 21 viele Milliarden Euro vergraben, die an anderen Stellen fehlen. Die Weigerung der schwarz-gelben Landtagsmehrheit, die Menschen im Land darüber entscheiden zu lassen, zeigt ihr fehlendes Demokratieverständnis.

Wir werden im Landtag für mehr demokratische Rechte der Bürgerinnen und Bürger eintreten, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für die Verbesserung des Bildungssystems und für die rasche Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien.

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft. Sie setzt sich für die Fortentwicklung der Sozialsysteme ein. Wir wollen jedem Menschen ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglichen. Die Reichen müssen sich wieder stärker am Gemeinwohl beteiligen: Durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes.

Die Mappus-Regierung kann abgewählt werden. Helfen Sie mit, damit DIE LINKE schon bei ihrem ersten Anlauf in den Landtag die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Dann wird es mit Sicherheit keine schwarz-gelbe Mehrheit mehr geben.

Die Chancen für einen echten Wechsel sind gut, denn die Menschen in Baden-Württemberg sind selbstbewusster geworden. Sie werden sich auch nach der Wahl lautstark zu Wort melden, wenn sie sehen, dass sie nicht ernst genommen werden.

Und auch bei uns in Baden-Württemberg gilt: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen

Mehr und mehr Menschen leiden darunter, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Auch in Baden-Württemberg nehmen Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder gar Ein-Euro-Jobs zu. Viele Menschen, die Vollzeit arbeiten, verdienen so wenig, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II (Hartz IV) benötigen. Junge Leute können ihre

Zukunft nicht planen, weil sie in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis der Agenda-Politik der früheren rot-grünen Bundesregierung, die unter Schwarz-Gelb fortgesetzt wurde.

Wir fordern Arbeitsplätze, von denen die Menschen leben können.

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro
- Sozialversicherungspflicht für jede Erwerbsarbeit
- Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und der Leiharbeit
- Befristungen nur noch in Ausnahmefällen

Um dies zu erreichen, setzt sich DIE LINKE für entsprechende Bundesratsinitiativen ein. In Baden-Württemberg will die Partei ein Tariftreuegesetz durchsetzen. Es schreibt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung der sozialen Standards vor, die in den Branchentarifverträgen vereinbart sind.

Jugend braucht Perspektive

Jeder Jugendliche soll Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildungsstelle erhalten. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen zahlen, damit die Schaffung von Ausbildungsplätzen finanziert werden kann. Jugendliche aus Migrantenfamilien müssen gefördert werden, damit sie Ausbildungsplätze und Arbeit finden. DIE LINKE wird im Landtag einen Entwurf für ein Landes-Ausbildungsplatzumlagegesetz einbringen, wie es sich bereits in der Krankenpflegeausbildung in Baden-Württemberg bewährt hat.

Wirtschaft sozial-ökologisch umbauen

In der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, wie krisenanfällig gerade die exportorientierte Baden-Württembergische Wirtschaft ist. Um Arbeitsplätze, Lebensqualität und die Umwelt zu sichern, ist ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft erforderlich. Dazu will DIE LINKE ein Investitionsprogramm von fünf Milliarden Euro auflegen und einen Zukunftsfond in gleicher Höhe einrichten. Ein Teil des Geldes soll in regionale Fonds fließen, die drittelparitätisch (Gewerkschaften, Unternehmen, Kommunen) verwaltet werden. Die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger, nicht in die von Spekulanten. DIE LINKE fordert

bezahlbare Energiepreise für einkommensschwache Haushalte und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einem Energiemusterland wird und die gesamte Stromerzeugung bis zum Jahr 2035 aus erneuerbarer Energie stammt.

Öffentliche Banken dürfen nicht der Spekulation dienen

Fünf Milliarden Euro mussten wir Steuerzahler und die Kreissparkassen aufbringen, um die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zu retten. Auch die Beschäftigten der Bank leiden unter der Misswirtschaft des Vorstandes und seiner Aufsichtsgremien, vor allem durch Personalabbau. Die Vertreter der Landesregierung haben ihre Aufsichtspflicht sträflich verletzt.

DIE LINKE sagt:

- Öffentliche Banken gehören den Bürgerinnen und Bürgern und haben auf den internationalen Spekulationsmärkten nichts verloren.
- Die LBBW bleibt ein öffentliches Institut, das den Geldfluss für die Wirtschaft, die öffentliche Hand und für die Bürgerinnen und Bürger sicher stellt. Sie muss im Interesse des Gemeinwohles agieren und demokratisch kontrolliert werden.

Großkonzerne und Vermögende müssen zahlen

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für Verteilungsgerechtigkeit steht. Sie will, dass die Verursacher der Krise bezahlen und nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Großkonzerne, Reiche und Vermögende sollen endlich wieder mehr Steuern bezahlen. Allein die Einführung einer Vermögenssteuer von fünf Prozent – bei einem Freibetrag von einer Million Euro – würde Baden-Württemberg jährlich bis zu zehn Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen.

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/24 10 45, Fax: 0711/24 10 46
info@die-linke-bw.de
www.dielinke-in-den-landtag.de
Spendenkonto:
DIE LINKE Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ: 600 100 70
Kontonummer: 289 582 700
V.i.S.d.P. Bernhard Strasdeit

Stuttgart 21 verhindern

Stuttgart 21 ist ein Spekulations- und ein Verkehrsprojekt, das den Bürgerinnen und Bürgern vor allem Nachteile bringt. Um Platz für eine neue City zu schaffen, soll der Eisenbahnknoten im Stuttgarter Zentrum quer zum bisherigen Kopfbahnhof unter die Erde gebracht werden. Auf dem frei werdenden Gelände könnte das größte Immobilienprojekt Europas entstehen.

DIE LINKE wird den parlamentarischen und den außerparlamentarischen Widerstand gegen Stuttgart 21 auch nach der Wahl unterstützen. Nur bei starkem Druck von außen, wenn Schwarz-Gelb abgelöst wird und DIE LINKE in den Landtag kommt, können wir dieses unsinnige Milliardenprojekt stoppen.

DIE LINKE fordert, dass die neue Landesregierung die Bauarbeiten und die Vergabe von Aufträgen sofort stoppt und rasch einen Volksentscheid oder eine verbindliche Bürgerbefragung durchführt. Die Bürger der Region Stuttgart sollen über die Alternativen ausgebauter Kopfbahnhof oder Tiefbahnhof entscheiden. Über die Strecke nach Ulm sollen die Wahlberechtigten in Baden-Württemberg abstimmen.

Mehr direkte Demokratie und Bürgerrechte

Die Möglichkeiten von Volksabstimmungen und Bürgerentscheiden sind in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern äußerst eingeschränkt. Ob es um Stuttgart 21 geht oder um die Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen, die Laufzeit von Atomkraftwerken oder mehr Umweltschutz, die Bürgerinnen und Bürger wollen in zentralen Fragen ihrer Lebensbedingungen mitentscheiden. Gerade Stuttgart 21 hat gezeigt, dass viele Initiativen oder Einzelpersonen mehr Kompetenz entwickelt haben als die Experten.

DIE LINKE will:

- eine deutliche Senkung der Hürde für Bürgerbegehren und die Ermöglichung von Bürgerentscheiden auf der Landkreisebene
- Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene
- eine bürgernahe öffentliche Verwaltung und Bürgerhaushalte

- mehr Beschäftigtenrechte im Landespersonalvertretungsgesetz
- Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten, Einbürgerungen erleichtern und Abschiebungen vermeiden.

Gute Bildung – Fördern statt Ausgrenzen

CDU und FDP haben das Bildungssystem in Baden-Württemberg verschlechtert. Schul- und Ausbildungszeiten wurden verkürzt, Zeit- und Leistungsdruck erhöht, Schulen geschlossen, Studiengebühren eingeführt und die soziale Auslese vom Kindergartenalter an verschärft. In keinem anderen Bundesland hängt die Zukunft der Kinder so stark von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab wie in Baden-Württemberg.

DIE LINKE wird sich im Landtag für folgende Ziele einsetzen:

- gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung
- Abschaffung der Studiengebühren
- gemeinsames Lernen bis zum zehnten Schuljahr
- keine Selektion nach dem vierten Schuljahr
- Einführung von Ganztagschulen
- Klassengrößen verkleinern auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler
- Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer
- Aufwertung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten und Kitas
- kein Einfluss von Militär und Großkonzernen auf Erziehung in Schulen und Hochschulen
- Demokratisierung der Schulen und Hochschulen durch mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- bessere personelle und materielle Ausstattung der beruflichen Schulen.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Zur Demokratie gehört auch, dass Frauen in allen Entscheidungsgremien von Politik, Wirtschaft und Verwaltung gleichberechtigt vertreten sind. Deshalb wollen wir unter anderem eine Quote von 50 Prozent

Frauen bei Entscheidungspositionen durchsetzen, die sich im Zuständigkeitsbereich des Landes befinden. Die Zahl der Frauenbeauftragten muss erhöht, ihre Zuständigkeiten ausgedehnt werden. DIE LINKE fordert die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes sowie des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung.

Frauenhäuser müssen finanziell gesichert, die Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen erhöht werden. Wir wollen zudem bessere Hilfen und ein Bleiberecht durchsetzen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, die Gewalt erfahren haben.

Öffentlich ist wesentlich – Kommunen stärken

DIE LINKE tritt für bezahlbare und qualifizierte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ein. Bildung, Erziehung, öffentlicher Personennahverkehr, ausreichende Sportstätten, Bäder und andere öffentliche Einrichtungen, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Altenpflege, Jugendhäuser und eine gute öffentliche Infrastruktur sind Voraussetzungen für die Lebensqualität der meisten Menschen.

Im Gegensatz zu anderen Parteien lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen grundsätzlich ab. Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müssen gesichert werden. Arbeitsbedingungen und Lohnniveau müssen tariflichen Normen entsprechen. Dies gilt auch im Falle von Rekommunalisierungen – beispielsweise in der Energie- oder Abfallwirtschaft. Dumping-Löhne darf es auch in diesem Bereich nicht geben.

Außerdem wollen wir eine bessere Finanzausstattung der Kreise, der Städte und der Gemeinden. Sie sind nach 25 Jahren neoliberaler Politik immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die instabile Gewerbesteuer soll zu einer konjunkturunabhängigen Gemeinwohlsteuer weiterentwickelt werden. Um die Finanzlage der Kommunen zu verbessern, streben wir kurzfristig eine Bundesratsinitiative an.

Geradezu sträflich ist, dass die Landesregierung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, in den Bau von Krankenhäusern zu investieren. Im Interesse der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten fordert DIE LINKE von der Landesregierung die volle Übernahme der Investitionskosten.

Eine Klassenmedizin darf es nicht geben. Jeder Mensch muss Zugang haben zu einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung. Für Behinderte fordern wir das Recht auf umfassende Barrierefreiheit und selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben.

Kinderarmut und Armut bekämpfen

In Mannheim ist jedes vierte Kind arm, in Pforzheim und Freiburg etwa jedes fünfte und in Stuttgart jedes zehnte. Der Regelsatz für Hartz IV reicht weder für Erwachsene noch für Kinder. Alleinerziehende und ihre Kinder sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Armut und Kinderarmut sind in einem reichen Land ein Skandal, den wir als LINKE niemals akzeptieren können.

Das wollen wir dagegen tun:

- flächendeckende Versorgung mit gebührenfreien Kita-Plätzen
- kostenloses warmes Mittagessen in den Schulen und Kindertagesstätten
- Elterngeld auch für Hartz IV-Bezieherinnen und -Bezieher
- Einführung eines Baden-Württemberg-Sozialpasses, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen
- Förderung und Ausbau von Erwerbslosenzentren und der Erwerbslosenberatung.

Auch das Wohnen ist in vielen Regionen Baden-Württembergs zum Armutsrisiko geworden. Das gilt besonders für Migrantinnen und Migranten sowie Familien mit Kindern. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau dauerhaft wieder belebt werden. DIE LINKE lehnt darüber hinaus die Privatisierung von Wohnungen in öffentlichem Eigentum ab. Wir wollen dagegen den Wohnraum in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum deutlich erhöhen. Mit einer Bundesratsinitiative werden wir uns für eine sanktionsfreie und bedarfsorientierte Grundsicherung stark machen.

DIE LINKE.
In den Landtag!
Original Sozial-
vor und nach der Wahl